

# Die Armee sieht sich wieder als Kaderschmiede

Headhunter schätzen eine Offizierslaufbahn eher als Hindernis für die berufliche Karriere ein

Von Dina Sambar

**Muttenz.** Die Armee braucht gute Führungspersönlichkeiten. Doch die Privatwirtschaft will diese nicht hergeben. Während es vor 30 Jahren in vielen Firmen kein Weiterkommen gab ohne Offiziersgrad, spielt die militärische Ausbildung heute keine Rolle mehr oder kann sich sogar negativ auswirken.

Das soll sich ändern, sagt Hans Rudolf Gysin, Direktor der Wirtschaftskammer: «Die militärische Ausbildung wird wieder wichtig. Auch die grossen Unternehmen sehen ein, dass die Ausbildung der Armee hervorragend ist.» Deshalb haben er und SVP-Nationalrat Christian Miesch den Chef der Schweizer Armee nach Muttenz eingeladen, um die Werbetrommel für die militärische Weiterbildung zu rühren – was dieser am Dienstagabend im vollbesetzten Mittenza Saal auch tat. «Wenn Sie das nächste Mal eine Stelle ausschreiben, erwähnen Sie bitte, dass Sie jemanden bevorzugen, der weitergemacht hat», bat Armeechef Blattmann die anwesenden Unternehmer.

## Partnerschaft für die Sicherheit

Dabei gehe es um nichts Geringeres als die Sicherheit der Schweiz, so der Korpskommandant, und nannte die aktuelle Schuldenkrise, Cyberattacken, die Überbevölkerung in Kenia und Naturkatastrophen als mögliche Bedrohungen. Die Wirtschaft müsse die Bedeutung der Sicherheit erkennen. Diese sei die Voraussetzung für den Wohlstand der Schweiz. André Blattmann betonte, dass es ein gegenseitiges Nehmen und Geben sei. Denn im Militär bekämen junge Leute nicht nur eine zertifizierte Kaderausbildung, sondern auch gleich die Praxis dazu: «Diese Ausbildung ist eins zu eins in die Privatwirtschaft übertragbar. Wir machen nichts anderes als Krisenbewältigung. Wer das tausendmal getan hat, kann sich im Ernstfall auf das Problem konzentrieren», so Blattmann.



**Vorgesetzter im Feld.** Unternehmen sollen von militärischer Führungserfahrung profitieren, sagt der Armeechef. Foto Keystone

Leider sei die gute militärische Ausbildung an Gymnasien und Berufsschulen kein Thema, deshalb müsse die Armee diese jetzt zum Thema machen.

Unterstützung bekam der Korpskommandant vom Basler Regierungsrat Christoph Eymann (LDP). Dieser kritisierte zwar, dass der Besuch der Rekrutenschule für Studenten ein Nachteil sei, weil diese verspätet mit dem Studium beginnen können oder dieses sogar verschieben müssen. Trotzdem zeigte er sich überzeugt, dass die Wirtschaft von der Militärkarriere ihrer Kaderleute

profitiert: «Die Armee ist besser als jedes Managementseminar», so Eymann. Bei Kaderübungen mit Übernachtungen in Schneehütten, Abseilen, vertrauensbildenden Spielen oder Wildwasserfahrten gehe es wie im Militär darum, das Durchhaltevermögen zu testen oder die Angst zu überwinden.

## «Harscher Ton kommt nicht gut an»

Ein Offiziersgrad sei in der freien Wirtschaft völlig wertlos, findet hingegen Markus Schneider, Geschäftsleiter bei der PKS Personal- & Kaderselektion

AG in Basel. Genau genommen sei er sogar eher ein Nachteil, weil Offiziere viel mehr weg sind als Rekruten. Zudem sei der militärische Führungsstil der Situation angepasst und nicht direkt auf die Wirtschaft übertragbar, so Schneider: «Wenn Sie in einem Schützengraben liegen, können Sie nicht lange diskutieren, ob ein Befehl Sinn macht oder nicht. Wenn Sie in der Privatwirtschaft in diesem harschen Ton befahlen, kommt das nicht gut an.»

Anders sieht das der Basler Headhunter Helmut Zimmerli-Menzi. Der

Gründer von MPB Executive Search war selber Offizier. Die Führungsausbildung und -erfahrung der Armee sei für wirtschaftliche Unternehmen durchaus nützlich: «Das Militär ist ein gutes Training. Auch dort kann man schon lange nicht mehr über die Gradautorität führen. Ein diktatorischer Führungsstil ist weder in der Wirtschaft noch im Militär erfolgreich», so Zimmerli-Menzi.

Dennoch kommt er wie sein Kollege zum Schluss, dass die militärische Aus- und Weiterbildung für eine Karriere nicht von Nutzen, sondern sogar hinderlich ist: «Unser Milizsystem ist nicht mehr mit der Privatwirtschaft kompatibel. Die Zeiten, als bei der SKA, der Swissair oder der Ciba-Geigy die Kaderkräfte einfach einige Wochen für den Militärdienst entschwinden konnten, sind vorbei», so der Headhunter. Dafür seien die Ansprüche zu hoch und das Business zu schnell geworden. Auch sitzen in den Firmenleitungen heute oft gar keine Schweizer mehr, und der ausländische CEO bringt wenig Verständnis auf, wenn sich seine Manager für Wochen in die Armee abmelden.

## Verschiebung ist möglich

Den Bedürfnissen der Industrie werde Rechnung getragen, indem ein Drittel der Militärdienstleistenden ihren Dienst verschieben könne, sagt Armeechef André Blattmann. Härtefälle, wie ein Zweimannbetrieb, bei dem im ungünstigsten Moment die Hälfte der Belegschaft fehle, weil ein Mitarbeiter ins Militär müsse, sollten so ausgeschlossen sein.

Der Armeechef sieht eine Trendumkehr, was die Akzeptanz des Militärs angeht. Der Ständerat hat sich für eine gut ausgerüstete Armee mit 100 000 Armeeingehörigen eingesetzt, obwohl der Bundesrat diese von 160 000 auf 80 000 verkleinern will. Dies sei ein gutes Zeichen, so Blattmann: «Wenn die Armee die Zustimmung der Politik hat, ist auch die Bereitschaft der Bevölkerung grösser, dort weiterzumachen.»

## Gemeinderat macht weitere Zugeständnisse an die Baueegner

Exekutive will auf die Einzonung des Gebiets Breiti verzichten

Von Franziska Laur

**Möhl.** Am Dienstagabend kamen politische Parteien, Vertreter aus der Bevölkerung und weitere Institutionen unter Ausschluss der Medien zum dritten Mal zu einem Runden Tisch zusammen. Dieses Mal wurden die Vernehmlassungen zur Zonenplanrevision ausgewertet und weiter verhandelt. Die Vorgeschichte: Die Umzonung von Kultur- in Bauland im Rahmen der Ortsplanung war an der Gemeindeversammlung vom vergangenen Herbst haushoch abgemetzelt worden. Der Gemeinderat hatte damals den Auftrag bekommen zu prüfen, wie man den prognostizierten jährlichen Zuwachs der Bevölkerung auf höchstens 80 Personen (anstatt 220) pro Jahr reduzieren kann und ob die Infrastruktur dem Wachstum standhalten kann.

Am Montag noch hatte der Gemeinderat der Presse ein Paket vorgestellt, das vorsah, anstatt der vorgesehenen zwölf Hektaren Land lediglich rund sieben als Bauland einzuzonen. Den höchst umstrittenen Eselacher hätte er aus dem Paket, das er im September nochmals dem Souverän vorlegen möchte, herausgenommen. Anscheinend reicht dies jedoch die Mehrheit der Ortsparteien, Vereine und Interessengemeinschaften nicht und der Gemeinderat hat weitere Zugeständnisse gemacht.

## Nochmals zwei Hektaren weniger

Einig war man sich zwar gemäss Mitteilung der Gemeinde am Runden Tisch darüber, dass es sinnvoll sei, den Eselacher, ein Gebiet von circa 4,5 Hektaren im südlichen Teil von Möhlin, nicht einzuzonen. Unumstritten sei auch die Ein- und Umzonung des Gebietes Sportplatz Riburg gewesen. Nun hätten allerdings die Vernehmlassungsergebnisse den Gemeinderat dazu bewogen, eine erneute

Lagebeurteilung vorzunehmen, heisst es. Unter Würdigung der vorgetragenen Argumente komme er zum Schluss, neben dem Eselacher auch das Gebiet Breiti mit einer Fläche von rund zwei Hektaren nicht zur Einzonung vorzuschlagen.

## Opposition ist befremdet

Der Gemeinderat verzichtet damit schweren Herzens auf die Um- und Einzonung derjenigen Filetstücke, die ihm zur Sanierung der angeschlagenen Gemeindefinanzen am meisten gebracht hätten. «Mit diesem Entscheid ist der Gemeinderat der festen Überzeugung, die Forderungen auf ein nachhaltig verlangsames Wachstum vollumfänglich erfüllen zu können», schreibt er in seiner Pressemitteilung. Er weiche damit noch mehr von seiner ursprünglichen Überzeugung zurück, Möhlin brauche diese Baulandeinzonung, um sich entwickeln und wachsen zu können.

Übrigens steht er mit dieser Überzeugung nicht alleine da – auch der Aargauer Regierungsrat sähe es gerne, wenn die an der Achse Basel–Zürich gelegenen Gemeinden die Bautätigkeit stärker entwickeln als diejenigen in entlegenen Tälern. Der Grund liegt auf der Hand: Die Verkehrsflüsse sollen so kanalisiert und der öffentliche Verkehr in diesen zuwachsstarken Gegenden besser genutzt werden.

Die Opposition in der Gemeinde Möhlin, unter anderen die Gruppierung Zukunft Möhlin, zeigt sich trotzdem weiterhin befremdet über die Expansionspläne des Gemeinderats und hält an der Forderung fest, das Wachstum von Möhlin noch weiter zu beschränken. So bestehen die Verfechter eines moderaten Wachstums in Möhlin beispielsweise darauf, auch denjenigen Teil der Ein- und Umzonung im Batapark, der an den Waldrand grenzt, aus dem Paket herauszunehmen.

## Trotz schwerer Krise schweigen die Behörden

Im Waldenburgerthal brennt beim Sozialdienst

Von Andreas Hirsbrunner

**Oberdorf.** Der regionale Sozialdienst Waldenburgerthal und dessen übergeordnetes Gremium, die aus allen sieben beteiligten Gemeinden zusammengesetzte, 13-köpfige Sozialhilfebehörde, stecken eineinhalb Jahre nach dem Start in einer schweren Krise.

Wie fundamental diese ist, lässt sich aufgrund von Informationen, die aus dem Umfeld durchgesickert sind, erahnen: Vom fünfköpfigen Sozialdienst haben mit Ausnahme der Sekretärin alle gekündigt oder wurden entlassen; damit der Dienst aufrechterhalten werden kann, ist ab morgen eine externe Firma mit dessen Führung beauftragt; Präsidentin und Vizepräsident der Behörde treten per heute von ihren Funktionen zurück; eine externe Strukturanalyse hat ergeben, «dass vorab im Bereich der Organisationsstrukturen ein dringender Handlungsbedarf besteht», wie die Sozialhilfebehörde vor Kurzem wissen liess, ohne den Bedarf auszudeutschen; und in diesen Tagen beginnt eine Finanzrevision durch ein Unternehmen zu laufen, was auf finanzielle Unregelmässigkeiten deuten könnte.

## Stillschweigen ist vereinbart

Ein nicht der Sozialhilfebehörde angehörender Gemeindevertreter sagt zur Situation nur: «Wenn wir Glück haben, kommen wir mit zwei blauen Augen davon.» Wer mehr wissen will, stösst auf eine Mauer des Schweigens: Die Noch-Präsidentin der Sozialhilfebehörde, Sabine Brantschen, vertröstet mit Informationen auf einen Zeitpunkt in etwa einem Monat, wenn alles geklärt sei; die neue Präsidentin ad interim, die Oberdörfli Gemeinderätin Christine Kam-

ber, verweigert jede Aussage; der Bannwiler Gemeindepräsident Erich Geiser, der wie Kamber in der Sozialhilfebehörde sitzt, spricht von einer Baustelle und verweist auf das vereinbarte Stillschweigen; der Hölsteiner Gemeindeverwalter Fritz Kammermann sagt, der Gemeinderat habe beschlossen, auf Medienanfragen eine Antwort zu geben, und die heisse «No comment», und Gemeindepräsident Ewald Fartek aus Oberdorf, wo der Sozialdienst seinen Sitz hat, wartet seinerseits auf Informationen der Sozialhilfebehörde.

## Fachstelle am Anschlag

Im Februar hat die BaZ auf erste, sich abzeichnende Schwierigkeiten hingewiesen: Die Sozialhilfefälle sind im vergangenen Jahr im Waldenburgerthal um über einen Drittel gestiegen und – damit zusammenhängend – lagen die Verwaltungskosten über dem Budget. Damals sagte Präsidentin Sabine Brantschen, dass die Sozialhilfefälle als Folge der Wirtschaftskrise zugenommen hätten und dass sie weiterhin steigende Fallzahlen erwarte. Der Sozialdienst war mit 390 Stellenprozenten dotiert und arbeitete offenbar seit Längerem am Anschlag, wie gut unterrichtete externe Quellen sagen. Die Sozialhilfebehörde habe aber die geforderte Aufstockung um 70 Stellenprozent abgelehnt. Die Strukturanalyse spreche nun sogar von einer notwendigen Aufstockung von 120 Stellenprozent.

Der Sozialdienst Waldenburgerthal wurde per Anfang 2010 von vier auf sieben Gemeinden erweitert. Derzeit sind daran die Gemeinden Bannwil, Hölstein, Langenbruck, Liedertswil, Niederdorf, Oberdorf und Waldenburg beteiligt.

## Neue Nummern unterm Hammer

Kanton will Mehreinnahmen

Von Katrin Roth

**Füllinsdorf.** «Mehreinnahmen ohne Mehrbelastung!» Was nach einem ökonomischen Wunschtraum tönt, ist das Motto des neusten Vorstosses von FDP-Landrat Patrick Schäfli. Erreichen will er das mit der Ausweitung der Versteigerung «brachliegender Fahrzeug-Kontrollschilde», wie darin zu lesen ist.

Freunde hätten ihn darauf aufmerksam gemacht, dass derzeit lediglich die Kontrollschilde BL 1 bis BL 4999 privat ersteigert werden können. «Das macht doch keinen Sinn», dachte sich der FDP-Politiker und schrieb flugs eine Motion, in der er fordert, die Fahrzeugkennzeichen BL 5000 bis BL 9999 per Auktion in Umlauf zu bringen. «Damit könnte der Kanton Einnahmen generieren, ohne dass dies jemanden belasten würde», so seine Begründung in der Motion. «Gerade jüngst wurde das Kontrollschild BL 208 für 33 850 Franken versteigert», steht dort weiter. Natürlich sei ein solcher Fall die Ausnahme, sagt Schäfli. «Trotzdem: Mit zusätzlichen Online-Auktionen von Nummernschildern könnten wir die Staatsfinanzen entlasten.» Darum fordere er die Regierung zur Anpassung der entsprechenden Rechtsgrundlagen auf.

## Bereits in Planung

Das gleiche Ziel verfolgt auch Pascal Donati, Leiter der Baselbieter Motorfahrzeugkontrolle (MFK): «Die Freigabe dieser Nummernschilder haben wir schon lange vorgesehener», sagt er. «Das Konzept liegt seit Jahren vor, derzeit sind wir in der Planungsphase.» Schäflis Motion – «sicher gut gemeint» – sei darum nicht wirklich nötig. Auf Mitte des nächsten Jahres solle erstmals ein zusätzlicher Nummernschild-Kreis freigegeben werden, so der MFK-Leiter.